

Redaktion:  
Wien, V., Hundstürmerstraße 89.  
Abonnement-Preise:  
Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postsendung:  
Halbjährig . . . . . 80 kr.  
Vierteljährig . . . . . 40 kr.  
Für Deutschland:  
Vierteljährig (unter Kuvert) 70 kr. = Mark 1.20.  
Für das übrige Ausland:  
Vierteljährig 88 kr. = 1 Fr. 25 Cent.  
Einzeln Exemplare 6 kr.

# Die Zukunft

Sozialdemokratisches Organ.

Administration u. Expedition:  
Wien, V., Hundstürmerstraße 89.

Insertions-Gebühr:  
Für Anzeigen von Vereinen u. dgl.:  
5 kr.  
Für Anzeigen von Privatpersonen:  
10 kr.  
Die dreimal gefaltete Zeile über deren Raum.

Wir erlauben bei allen Sendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte

werden nicht zurückgegeben.

„Die Zukunft“ erscheint an jedem 10. und 24. im Monat.

Unersorgte Reklamationen sind postfrei.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Nr. 30.

Wien, Freitag 24. Dezember.

1880.

## Abonnements-Einladung.

Mit nächster Nummer beginnt ein neues Quartal zum Abonnement der Zeitschrift

## Die Zukunft

Sozialdemokratisches Organ.

„Die Zukunft“ erscheint monatlich zweimal, und zwar an jedem 10. und 24. im Monat.

Das Abonnement beträgt für Oesterreich-Ungarn: halbjährig 80 kr., vierteljährig 40 kr.

Briefe und Geldsendungen sind nur zu richten an **Andr. Grosse, 4. Bez., Hauptstraße 23, 1. St.,** alle auf die Redaktion, Administration und Expedition bezughabenden Zusendungen an die Redaktion der „Zukunft“, 5. Bez., Hundstürmerstraße 89, 2. Hof, 1. Stiege, 1. Stock.

Die Herausgeber.

## Nachträgliche Bemerkungen zur Kaiser Josef-Feier.

II.

Welche Absicht die deutschliberale Partei mit der Kaiser Josef-Feier verfolgte, das haben ihre Wortführer deutlich ausgesprochen: sie feierten in ihm den Fürsten, der den losen Verband der Provinzen Oesterreichs durch eine zentralistische Verwaltung ersetzte und die deutsche Nation zur ausschließlichen politischen und sozialen Herrschaft erhob. Es ist klar, daß im Interesse des Großkapitals die staatliche Zentralisation liegt und da letztere auch einer einheitlichen Sprache bedarf, so mußte Kaiser Josef zur Germanisierung des Reiches schreiten. Die Germanisierung hatte damals eine gewisse Berechtigung, da die Monarchie als Rivalen Preußens galt und demzufolge auf den Zusammenhang mit dem übrigen Deutschland Rücksicht nehmen mußte.

Dennoch scheiterten die Germanisierungsversuche des Kaisers Josef, da die deutsche Nationalität innerhalb Oesterreichs schon damals zu schwach war, die übrigen Völker sich zu assimilieren. Heute, da das nationale Bewußtsein erwacht, die Zusammengehörigkeit mit Deutschland aufgelöst ist und die nicht deutschen Völker Oesterreichs bedeutend gewachsen sind, würde es an Wahnsinn grenzen, von einer Germanisierung Oesterreichs zu träumen. Diejenigen, die den Kaiser Josef als Germanisator feiern, nähren dadurch bewußt oder unbewußt den nationalen Haß, ohne auch nur die geringste Aussicht zu haben, das durchzuführen, dessen Versuch dem Kaiser Josef das frühe Ende bereitete.

Haben etwa die Bauern einen Grund, die nationale Sache zu betreiben und sich über ihre materielle Not mit politischen Fantaasiegebilden hinwegzusetzen? Dazu oder wollen sie die Deutschliberalen aufbrauchen, wenn sie ihre Bodruse ertönen lassen, mögen sie ihnen auch heute noch so schöne Versprechungen machen, die sie so wenig halten werden, als sie ihre Viehställe zu halten pflegen.

Kaiser Josef befreite die Bauern aus der Leibeigenschaft — wie kommt es, daß heute die Bauern in einer fast ebenso schlechten Lage sich befinden, als damals, wie sie für ihre „Herren“ Knechtsdienste leisteten? Haben ihnen die Liberalen schon eine Aufklärung gegeben? Nein. Haben sie vielleicht schon irgend einen Versuch gemacht, den heutigen Bauern einen ähnlichen Dienst zu leisten, wie Kaiser Josef es vor hundert Jahren getan? Wir wissen davon nichts; wol aber ist uns bekannt, daß unter den Liberalen sich jetzt alle jene befinden, die sich heute von den Bauern Knechtsdienste leisten lassen.

Müssen die Bauern nicht den größten Teil ihrer

Arbeit verrichten, um die Zinsen für die Hypothekenschulden und die Steuern aufzubringen? Wer sind denn diejenigen, welche dem Bauer Geld leihen, um sich dafür gute Zinsen zahlen zu lassen? Es sind die Banken, Sparkassen, mannigfache Kreditinstitute und die — Wucherer. Gehören nicht die meisten Leiter und Aktionäre dieser Institute zur liberalen Partei? Sie gehören auch der Natur der Sache nach dazu, denn die wirtschaftlichen Grundsätze des Liberalismus sind es, welche den genannten Instituten den weiten Wirkungskreis verschafft haben, innerhalb dessen auch der Bauerntand ein geeignetes Objekt der Ausbeutung geworden ist.

Die liberalen Abgeordneten, welche zum großen Teile die Interessen des beweglichen und Großkapitals vertreten, sind die Repräsentanten eines Systems, welches sich vom Feudalismus nur in der Form unterscheidet, in der Sache aber — nämlich in Bezug auf Ausbeutung fremder Arbeitskraft — mit demselben identisch ist. Es bietet daher für den Kenner der ökonomischen Entwicklung ein höchst sonderbares Schauspiel, zu sehen, wie die modernen Leihherren das Andenken eines Mannes feiern, dessen Name gerade durch die Beseitigung des Leihherrentums unsterblich geworden ist. Bei wie vielen diese Selbstironie unbewußt geblieben ist, wissen wir nicht, aber wir haben gewichtige Gründe zu der Annahme, daß die Arrangure dieser Feier mit vollem Bewußtsein gehandelt und es dabei auf eine ebenso gewissenlose, als leichtfertige Täuschung der arbeitenden Bevölkerung abgesehen haben.

Glücklich zweifei sind Anzeichen vorhanden, daß diese schändliche Berechnung auch bei den Bauern selbsteht; denn die Tendenzen, welche die bäuerliche Bewegung bisher zur Schau trägt, haben den Wünschen und Ansprüchen der Liberalen nicht zu schaffen. Die Bauern zeigen überall den Wunsch nach Bildung einer selbstständigen Bauernpartei, die auch wir für eine Nothwendigkeit halten. Wir billigen es daher, wenn die Bauern die Absicht haben, einen über ganz Oesterreich ausgedehnten Bauernbund zu gründen, zu dem nur Bauern der Beirath gestattet ist; denn auch wir glauben, daß jeder Stand seine Interessen am besten selbst zu wahren versteht.

Aber es gibt wohl verschiedene Stände und dennoch nur ein Volk; wenn es gilt, allgemeine Volksinteressen zu fördern, muß jedes Standesinteresse zurücktreten, weil sonst keine Volksgemeinschaft bestehen könnte. Darum haben auch die industriellen Arbeiter in ihr Programm in erster Linie jene Forderungen aufgenommen, deren Verwirklichung im allgemeinen Interesse liegt; erst hinten an stellen sie ihre speziellen Arbeiterinteressen. So muß es jede wahre Volkspartei tun; jede Partei, die egoistische außerhalb dem allgemeinen Interesse liegende Forderungen zu verwirklichen sucht, stempelt sich dadurch zur volkfeindlichen Partei und fordert den gemeinsamen Widerstand der anderen Parteien heraus. Nicht einem Stande, sondern dem Volke gebührt die Herrschaft im Staate und wenn die Vertretung im Parlamente den Grundgesetzen der Gleichheit und Gerechtigkeit entspricht, so ist auch jedem Stande gleiche Gelegenheit gegeben, seine Interessen zu vertreten.

Wir würden daher die Bildung einer Bauernpartei bedauern, die sich darauf beschränkte, ohne Rücksicht auf die übrigen arbeitenden Klassen im Staate Forderungen zu stellen, die dem Volkswohl nicht nachtheilig wären. Wir haben diese Bemerkungen für notwendig gehalten, weil wir wünschen, daß die Bauern sich nicht in Widerspruch mit der heute durch Oesterreich gehenden allgemeinen Volksbewegung setzen und ebenso energisch wie die ganze rechtlose Arbeiterschaft für die Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes eintreten werden, da dies das einzige Mittel ist, um der Arbeit zu ihrem Rechte zu verhelfen, sei sie nun Arbeit auf dem Felde, in der Werkstatt oder in der Fabrik.

## Die Stellung der Gelehrten zur Sozialdemokratie.

Von Johann Wolf.

(Fortsetzung.)

Wenn in einem Gemeinwesen Gelehrte ex officio ausgeübt werden, so versteht es sich ganz von selbst, daß dies nur behufs Förderung der Staatszwecke geschieht, mindestens kann man sich nicht annehmen, daß die Repräsentanten eines Staates im-aktuelle Räte in Bewegung setzen werden, deren Reichthum darauf schließen läßt, daß sie auf die Regierung des betreffenden

Staatsprinzips hinarbeiten. Besteht daher ein Staat, in welchem die Machtverhältnisse durchaus gleichmäßig verteilt sind, so daß das Gemeinwesen nicht nur in der äußeren Form, sondern auch auf Grund des Gemeinwillens vorhanden ist, so liegen die Dinge hinsichtlich der offiziellen Gelehrten sehr einfach: ihre Tätigkeit hat sich in der wissenschaftlichen Förderung der Gemeinwohls zu bekunden, da die möglichste Erhöhung des letzteren in einem solchen Falle Staatszweck ist. Es darf daher wol schon an dieser Stelle hervorgehoben werden, daß nur in dem von den Sozialisten erstrebt werdenden rein demokratischen Staate der wissenschaftlichen Entwicklung der unbeschränkte Spielraum gegeben sein kann. Ganz anders steht die Sache in Staaten, wo einzelne Bevölkerungsgruppen die politische Macht und das soziale Uebergewicht in ihren Händen vereinigen, während die Volksmassen entweder völlig rechtlos oder nur mit Scheinrechten ausgestattet sind, also fast ohne Ausnahme in den modernen Kulturstaaten. Da ist die Förderung des Gemeinwohls keineswegs Staatszweck, sondern nur Förderung derjenigen Dinge, welche entweder den privilegierten (herrschenden) Gruppen zu Gute kommen oder doch wenigstens die bevorzugte Stellung derselben nicht untergraben. Mit ihm ist den offiziellen Gelehrten genau die Richtung vorgezeichnet, in welcher sie sich bewegen dürfen. So erklärt er sich leicht, daß viele Staatsgelehrte, die in einzelnen Ständen einen ganz kühnen Gedankenflug an den Tag gesetzt haben, im Allgemeinen die beschränktesten, realistischsten Ansichten hervorkehren oder sich in tiefen Schweigen hüllen, wenn man die Geltendmachung ihrer Stimme erwartet.

Das Groß der Staatsgelehrten besteht aus Professoren. Die Professoren haben in erster Linie für Erziehung ihrer Jünglinge Sorge zu tragen, welche geneigt sind, späterhin in irgend einem Zweig der staatlichen Bureaucratie sich einverleiben zu lassen. Es geht da, wie dies in der Natur der Sache liegt, höchst schablonenhaft her, und die Erforschung der dabei in Betracht kommenden Materien richtet sich wesentlich nach den diesbezüglichen Staatsbedürfnissen. Ferner ist für professoralen Nachwuchs zu sorgen, was nicht minder schablonenhaft und sogar manchmal in einer Weise geschieht, die für nichts weniger als dafür spricht, daß den Professoren die wissenschaftliche Entwicklung besonders am Herzen liege.

Andere Professoren, welche nicht direkt mit der Schulung junger Leute zu bureaucratischen und akademischen Zwecken sich befassen, sondern entweder die allgemeinen Bildungsfächer oder Spezialwissenschaften lehren, wagen sich ausgenommen etwas freier bewegen, aber ihre Abhängigkeit oder gesellschaftliche Zurücksetztheit trotz alledem ihnen fortwährend in den Weg. So z. B. ist ein nicht seltenes Vorkommnis, daß Geschichtsforscher aus den historischen Tatsachen zu Gunsten der Herrschenden und zum Schaden der Beherrschten falsche Schlüsse ziehen; so hat es sich ereignet, daß Naturforscher die Konsequenzen ihrer Fachwissenschaft nicht offen auszusprechen wagen, weil sie fürchten, die Volksmassen könnten daran den Interessen der Privilegierten nachtheilige Nutzenknüpfen. — Andererseits ist gewiß schon mancher Historiker zur Ueberzeugung gekommen, daß es weit vortheilhafter wäre, wenn man, statt an's Heilen, an's Vorbeugen von Krankheiten dachte; allein wenn er die Krankheitsursachen zu erforschen wachte, da müßte er Dinge gewagt werden, deren Befestigung nur unter Aufgebarung des sozialistischen Staats- und Gesellschaftsprinzips denkbar ist. — Endlich wird es täglich mehr bemerkbar, daß die akademischen Gelehrten auf volkswirtschaftlichem Gebiete die Unhaltbarkeit der modernen ökonomischen Verhältnisse, namentlich die der kapitalistischen Produktionsweise einsehen; nichtsdestoweniger muß man jedoch gleichzeitig die Wahrnehmung machen, daß diese Leute, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht wagen, sich vollkommen klar und deutlich auszusprechen. — Der moderne Staat ist eben ein Kapitalistenstaat, die akademischen Volkswirtschaftler haben keine andere Wahl, als sich demselben anzuschließen und Wahrheit verschweigen und, wenn sie nicht direkt lügen wollen, sich mit unklaren Redensarten behelfen. So würde das Bewußt der Abhängigkeit das Staatsgelehrtenamt durchgängig zu Boden; damit erklärt sich aber auch die teils feindselige, teils indifferente Haltung derselben der Sozialdemokratie gegenüber sehr leicht.

Die Staatsgelehrten anderer Art, nämlich die außerhalb der Universität sich befindenden wissenschaftlichen Staatsbediensteten, mögen miranmer, namentlich wenn sie, wie z. B. der Statistiker Dr. Engel, so viel wie unerschütterlich und unerschütterlich sind, eine unabhängigere

Stellung einnehmen; durchschnittlich sind sie aber doch auch so starr, daß sie sich nicht im Sinne der Sozialdemokratie auszusprechen vermögen, ohne ihr Amt zu riskieren. Der bekannte Statistiker Dr. Petermann hat in dieser Beziehung sehr bittere Erfahrungen machen müssen. Raum hatte er einen sachwissenschaftlichen Artikel in einer Zeitung veröffentlicht, die sozialistische Tendenz hatte, so wurde er ohne Weiteres entlassen, und an seine Stelle trat bekanntlich Professor Böhmert!

Bei einem großen Teile der Privatgelehrten springt zwar das Abhängigkeitsverhältnis, in welchem sich dieselben befinden, etwas weniger in die Augen, aber deshalb ist es gleichwohl in mehr oder minder hohem Grade vorhanden. Es sind ja viele Privatgelehrte mit ihren schriftstellerischen Arbeiten auf die Abnahme derselben durch irgend welche Repräsentanten der Staatsgewalt angewiesen und müssen sich mithin nach deren Bedürfnissen richten; selbige sind aber nach den früher gemachten Erörterungen von jener Richtung, welche den Sozialismus fördert, weit abgelegen.

Noch bedenklicher ist indes die Abhängigkeit der Privatgelehrten von den Buchhändlern. Letztere kann der Gelehrte bei Publikation seiner Werke nur dann umgehen, wenn er mit einem beträchtlichen Vermögen ausgestattet ist, ganz abgesehen davon, daß wissenschaftliche Arbeiten, die jemand selbst verlegt, viel mehr Schwierigkeiten hinsichtlich der Verbreitung machen, als solche, die bei einer sogenannten renommierten Verlags-handlung erscheinen, welche sich weit verzweigter Verbindungen erfreut.

Nun sind aber die meisten Buchhändler nicht nur ihrer sozialen Stellung nach mit den herrschenden Klassen und demgemäß auch mit den Interessen derselben aufs Engste verknüpft, sondern ihre kaufmännische Natur bringt es mit sich, daß sie sich dem jeweilig vorhandenen Durchschnittsgeschmack des kaufmännischen Publikums anpassen und solchen Verlagsartikeln, mit denen selbigen Rechnung getragen wird, den Vorzug geben.

So lange die Sozialdemokratie nur unter den ärmeren Klassen, die, weil sie unter den bestehenden Gesellschaftsbedingungen sich am bedrücktesten fühlen und daher die Reformbedürftigkeit derselben am leichtesten begreifen, ihren wesentlichsten Anhang hat, während sich von den Besitzenden lediglich einzelne idealer angelegte Personen ihr anschließen, ist auch für umfangreiche Werke sozialistischen Inhalts noch kein reiches Absatzgebiet geschaffen — die sozialistische Broschürenliteratur befriedigt während dieser Epoche alle wesentlichen einschlägigen Bedürfnisse —, und es werden daher die Buchhändler im Allgemeinen schon deshalb nur in ganz ausnahmeweisen Fällen sich bereit finden lassen, derartige Elaborate zu verlegen.

Wird nun bereits durch diesen Umstand mancher Gelehrte abgeschreckt, sich auf dem sozialistischen Gebiete schriftstellerisch zu betätigen (nur ganz eherne Charaktere werden bei solcher Bemühen die Dinge den Mut haben, unter dem Resto des, wenigstens zeitweiligen, Spungens diesen Verhältnissen zu trotzen), so kommen noch hundertlei andere Einflüsse hinzu, welche die Elite des Geistes in der Regel veranlassen, ihre Kräfte nicht der Sozialdemokratie zu weihen.

Familiäre Traditionen kann zwar ein großer Geist bei einiger Festigkeit des Willens leicht abstreifen, aber wenn man in jedem einzelnen Falle nachsehen könnte, würde man ohne Zweifel sehr häufig bemerken müssen, daß hinter der antisozialistischen Denkleistung eines Gelehrten als leitendes Motiv die Rücksichtnahme auf das Herkommen des Hauses steht.

## Politische Uebersicht.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 9. Dezember brachte der Abgeordnete R. v. Schönerer einen Antrag auf Abänderung der gegenwärtigen Reichsratswahlordnung und auf Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechtes ein. Der betreffende Gegenstand, der u. A. auch von Dr. Kronawetter unterstützt wurde, erhielt knapp die Anzahl von Stimmen bei der Unterstützungsfrage, die notwendig ist, damit er der geschäftsordnungsmäßigen Beratung unterzogen wird. Von den Liberalen stimmten nur Dr. Hofler, Baron Walterklich und Graf Wurmbbrand dafür. — Nach diesem Entwurfe soll die Zahl der Abgeordneten auf 400 erhöht werden, auf durchschnittlich 30.000 Einwohner soll ein Abgeordneter kommen. Die Bevölkerung eines Wahlkreises soll womöglich nur einer Rationalität angehören; die Wahl soll direkt sein. Jeder österreichische Staatsbürger, welcher das 24. Lebensjahr zurückgelegt hat und eignerberechtigt ist, hat das aktive Wahlrecht; das passive Wahlrecht soll jeder österreichische Staatsbürger genießen, welcher das österreichische Staatsbürgerrecht mindestens 3 Jahre besitzt, das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat und nicht vom aktiven Wahlrechte ausgeschlossen ist. Die Beurteilung wegen gemeiner Verbrechen hat natürlich wie bisher den Verlust des Wahlrechtes zur Folge. Die deutschliberale Presse hat, wie das zu erwarten war, sich sofort einstimmig gegen diesen Antrag ausgesprochen.

Der Abgeordnete Posch interpellirte in derselben Sitzung den Minister Taaffe wegen des Verbotes zweier Bauernversammlungen, die nach Gmunden und Bergen in Oberösterreich einberufen waren und gegen die neue Grundsteuerregulierung protestiren sollten. Taaffe antwortete am 14., daß ihm hievon noch nichts bekannt

sei; nachdem die Nachricht davon an alle Blätter telegraphirt worden war und die liberalen Journale donnernde Leitartikel darüber gebracht hatten, ist es mehr als auffallend, daß Graf Taaffe fünf Tage nach der Interpellation noch nichts wußte. Man muß gestehen, daß eine solche Antwort nicht mehr wert ist, als das beharrliche Schweigen, dessen sich das Ministerium Kaiser-Maximilian bei solchen Gelegenheiten bediente. Eine Interpellation des Abgeordneten Dr. Ruf wegen der zahlreichen Konfiskationen der Wiener Tagesblätter beantwortete der Justizminister Baron Stremel dahin, daß streng nach dem Gesetze vorgegangen werde; auch gab er eine Statistik der Konfiskationen zum Besten, die für die interpellationswütigen Liberalen sehr unangenehm war. Periodische Druckchriften wurden hiernach im Jahre 1877 474, 1878 626, 1879 499, in den ersten elf Monaten des Jahres 1880 477 konfiskirt; im Konfiskiren übertraf also das „liberale“ Ministerium die heutige Regierung.

Ein großes Geschrei machen die Liberalen deshalb, weil ihre Abgeordneten den „Mut“ gehabt haben, der Regierung das Budget zu verweigern. Wir sehen aber in den Mut dieser Herren trotz alledem erhebliche Zweifel; denn wir wissen ganz gut, daß Budgetverweigerung nur dann einen Wert hat, wenn die Majorität des Parlamentes den Beschluß faßt; Minoritätsbeschlüsse haben keine konstitutionelle Bedeutung. Warum haben dieselben Herren im Jahre 1871, als sie die Majorität im Parlament hatten, nicht dem Ministerium Hohenwart, das sie gewiß nicht weniger haßten, als die heutige Regierung, das Budget verweigert? Sie taten es einfach deshalb nicht, weil sie vor den Folgen eines solchen Schrittes zurückschreckten; heute, da sie in der Minorität sind, und ihre Beschlüsse auf dem Papiere bleiben, haben sie den „Mut“, den sie früher nie besaßen haben. Wer lacht da nicht?

In der Sitzung vom 16. Dezember hat die Regierung den Entwurf einer neuen Gewerbeordnung im Abgeordnetenhause eingebracht.

Der Abgeordnete Fürnkranz hat einen Antrag auf Abschaffung der Verpachtung der Verzehrststeuer und auf Gleichstellung der Tarife für die Städte und das flache Land eingebracht.

Dr. Lueger und Genossen brachten in der Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 14. Dezember den Antrag ein, daß an den niederösterreichischen Landtag eine Petition um Ausdehnung des Wahlrechtes für den Gemeinderat und die Bezirksansprüche auf alle, die direkte Steuer bezahlen, gerichtet werde; der Antrag wurde mit 42 gegen 38 Stimmen angenommen.

Großes Aufsehen erregte der Beschluß der Festsitzung des Wiener Gemeinderates, Erhebungen darüber einzuleiten, inwiefern bei den Bestellungen für die Einrichtung des Kronprinzen die österreichische Industrie berücksichtigt worden ist; man einigte sich dahin, so lange alle Vorbereitungen für die Feier der Vermählung des Kronprinzen einzustellen, bis diese Erhebungen abgeschlossen wären. Die Affaire fand dadurch ihren Abschluß, daß der Kaiser in einem Briefe an den Minister Taaffe erklärte, daß er auf den vom Gemeinderate projektierten Festball im Opernhause verzichte; die Ordenswürdigkeiten im Gemeinderate wurden dadurch begreiflicher Weise in große Aufregung versetzt, da ihnen eine Gelegenheit, ihrer lächerlichen Eitelkeit zu fröhnen, zu entgehen droht.

Eine am 1. Dezember in Stockerau stattgefundene freie Bauernversammlung sprach sich für das allgemeine und direkte Wahlrecht und für die Aufhebung des Gruppenystems aus. Eine an demselben Tage in Langenlois abgehaltene Bauernversammlung von 48 Grundbesitzern beschloß die Gründung eines deutschösterreichischen Bauernbundes. Für den 27. Dez. ist nach Linz ein allgemeiner österreichischer Bauerntag einberufen, auf dessen Tagesordnung u. A. die Gründung eines österreichischen Bauernbundes steht, dem nur Grundbesitzer betreten dürfen. Solche Grundbesitzer, welche zugleich dem Klerus, Adel oder Advokatenstande angehören, sind ausgeschlossen. Auch liegen Referate über Herabsetzung der Militärpräsenzzeit von drei auf zwei Jahre, über direktes Wahlrecht der Landgemeinden und Einführung von Getreidezöllen vor.

Der bekannte deutschliberale Abgeordnete Nikolaus Dumha erklärte sich in einer am 8. v. in Gloggnitz stattgefundenen Bauernversammlung in entschiedenster Weise gegen die direkten Wahlen auf dem Lande. So sieht der „Liberalismus“ dieser Herren aus.

Der Justizminister beabsichtigt, vom 1. Jänner an die Verpflegung der Sträflinge in der Strafanstalt Stein in Staatsregie zu übernehmen. Er erwartet, daß in Folge dessen die Kost der Sträflinge verbessert und zugleich deren Erhaltungskosten verringert werden, indem der Gewinn des Traktors dem Sinate zufällt.

Am 1. Dez. fand in Budapest eine Volksversammlung statt, welche eine Resolution gegen die geplanten Konsumsteuern annahm und das allgemeine Wahlrecht verlangte. Die Auswanderung aus Nordungarn nimmt beständig zu; allein aus Nagy-Wahaly und den nächstliegenden Dörfern wandern wöchentlich

50 bis 80 Personen aus. Auch in der Gips nimmt die Auswanderung zu.

In Darmstadt wurden am 3. Dezember vier Sozialisten, angeblich wegen Hochverrats, verhaftet; in mehreren Darmstadt benachbarten Orten, wie Oberstadt, Pfungstadt, Arheilgen fanden zahlreiche Hausdurchsuchungen statt. Am 8. Dez. waren großartige Hausdurchsuchungen in Donauheim; 50 Schuppmänner und Schandarmen umstellten die Fabrik von Bopp und Reuther und durchsuchten alle Arbeiter und sämtliche Fabrikräume. In Pforzheim wurden 17, in Frankfurt a. M. 16 Personen verhaftet; angeblich alle wegen geheimer sozialistischer Verbindungen und Verbreitung von Flugchriften. Unter dem Dache eines alten Hauses in Frankfurt soll die Polizei die Formen zu einer Flugchrift aufgefunden haben.

Am 29. Nov. fand in Genf eine Jubelfeier der polnischen Revolution des Jahres 1830 seitens der polnischen Sozialisten statt, an der mehr als 500 Personen teilnahmen. Anwesend waren u. A. Krapotkin und Berra Saffulitch; Karl Marx, Lafargue, Hartmann, Friedrich Engels, Dowson, der Züricher „Sozialdemokrat“ und das in Petersburg gedruckte geheime sozialrevolutionäre Blatt „Tschornoj Beredjel“ schickten Glückwunschtelegramme. Es wurde folgende Resolution angenommen: In Anbetracht, daß bis jetzt die revolutionären Bewegungen in Polen immer von den privilegierten Klassen ausgegangen, wobei die Teilnahme des Volkes jedesmal eine passive gewesen und die Interessen der bevorzugten Klassen allein in Rechnung gezogen worden sind; in Anbetracht, daß die wirkliche Befreiung des Volkes nur auf die Grundlage der Gleichheit basirt werden kann, und eine vollständige Umänderung der sozialen Ordnung ergänsigt; in Anbetracht, daß jede politische Bewegung der wirtschaftlichen Bewegung untergeordnet werden muß und daß die Emanzipation der Arbeit nur das Werk der Arbeitenden sein kann, erlennt die am 29. November in der Bierhalle Schieß in Genf zur Gedenkfeier der polnischen Revolution von 1830 einberufene Versammlung als unumgänglich notwendig eine internationale Vereinigung der Sozialisten aller Länder, als einziges Mittel, um das polnische Volk und zugleich alle andern Völker vor dem wirtschaftlichen, politischen und nationalen Joch zu befreien.

Vor Kurzem starb der Verteidiger Rochefort's im Prozesse wegen Teilnahme an der Kommune, Joly; der „Voltaire“, ein Blatt der Gambettischen Richtung, machte Rochefort Vorwürfe wegen Unabkärtheit, da er nicht einmal in seinem Blatte des Wappens Erwähnung getan, dem er sein Leben zu verdanken habe. Als Rochefort leugnete, daß Joly auf seinen Wunsch Schritte bei Gambetta und Thiers gethan habe, um Rochefort's Verurteilung zur bloßen Verbannung zu erwirken, veröffentlichte der „Voltaire“ einen Brief Rochefort's an Gambetta vom Jahre 1871, in welchem er letzteren in demütiger Weise bittet, für ihn bei Thiers seinen Einfluß geltend zu machen, damit er mit bloßer Verbannung davon komme; in diesem Briefe bedauert er auf das Freierlichste, nichts mit der Kommune gemein zu haben und verspricht, nie mehr nach Frankreich zurückzukehren und sich gänzlich in's Privatleben zurückzuziehen. Einen ähnlichen Brief hat Rochefort damals auch an Trochu geschrieben; die Wahrheit dieser Briefe ist trotz des Leugnens Rochefort's außer Zweifel gestellt, da bereits mehrere Zeugen aufgetreten sind, welche jene Briefe damals gelesen haben. Man darf wol annehmen, daß Rochefort seine Rolle ausgepielt hat; daß er kein Sozialist ist und auch nie einer war, wußte man trotz des von ihm zur Schau getragenen Radikalismus schon lange.

Zwei Mitglieder der irischen Landliga, darunter der Privatsekretär Barnell's wurden vom Schwurgerichte freigesprochen. Die agrarische Bewegung macht indessen immer größere Fortschritte; die Regierung hat die Absicht, dem Parlamente bei seiner Eröffnung gleichzeitig eine Landesreformbill und Zwangsmaßregeln gegen Irland vorzulegen. Die Details dieser Vorlagen sind noch nicht bekannt.

In mehreren Gouvernements Russlands wurden wieder geheime Druckereien entdeckt.

Nach dem offiziellen Berichte erhielt bei der letzten Präsidentenwahl in Nordamerika der republikanische Kandidat, Garfield, der bekanntlich gewürt ist, 4.430.415; der Kandidat der Demokraten, Hancock, 4.436.014, der Kandidat der vereinigten Greenbacker- und Arbeiterpartei, Weaver, 305.729 Stimmen. Der gewählte Präsident hat also nur wenige Stimmen mehr als sein demokratischer Gegner und wurde, wenn man die gegnerischen Stimmen zusammenzählt, von einer Minorität gewählt.

## Aus Parteikreisen.

Wegen die vier Genossen, welche am 5. Dez. aus dem Wiener Landesgerichte entlassen wurden, ist die Untersuchung nicht eingestellt, dieselben wurden bloß gegen Gelöbnis auf freien Fuß gesetzt, weil gegen sie kein Fluchtverdacht vorliegt; die Schlussverhandlung soll im Jänner stattfinden. — Es befinden sich noch folgende Genossen in Untersuchungshaft: Moch, Walecka, Tomke, Hovestadt, Pudleiner, Friedrich, Strnad, Kreicz, Formanek, Berndt, Soke, Führer, Sommer, Slesak, Troja und Mühl, wovon mehrere Familienväter sind.



Der Bericht in letzter Nummer, die Hausdurchsuchungen in Nordwestböhmen betreffend, ist bis auf Hohenbach richtig, wo nur eine Hausdurchsuchung stattfand. Als Nachtrag könnte dienen, daß bei der Einnahme, welche einige Tage später stattfand, vom Untersuchungsrichter Herrn Epstein den Fabrikarbeitern K. Sommer und F. Bernich gedroht wurde, falls dieselben weiter beim Verein bleiben und Zeitungen beziehen, werden sie aus der Arbeit entlassen; daselbe geschah gegenüber Genossen König. Der Magister Sommer, welche ein Dreislergeschäft hat, wurde vom Untersuchungsrichter gedroht, daß ihr der Gewerbeschein entzogen wird, falls sich dieselbe nach weiter Zeitungen senden läßt. (In keinem Falle kann ihr der Gewerbeschein entzogen werden; diese Drohung ist auf Einschüchterung berechnet und ungesetzlich. Die Red.) Dem Genossen E. Celler gegenüber verhielt sich dieser Herr ungefähr in demselben Sinne. Da sein Arbeitsgeber Bezirksgerichtsdieners ist, so wurde derselbe aufgefordert, diesen gefährlichen Menschen zu entlassen, falls er nicht selber seiner Stelle verlustig sein will, welches er auch als Grund seiner Entlassung angab, jedoch bemerkte er, daß es ihm von sämtlichen Beamten gesagt wurde. Genosse E. Celler sah sich genötigt, Aufsig zu verlassen, da dafür gesorgt wurde, daß er dort keine Arbeit bekommt. — Die Hausdurchsuchungen wurden angeordnet, weil man einen Geheimbund vermutete. Ob sie demselben gefunden, wissen wir nicht!

Die Sendung der „Sozialpolitischen Rundschau“ nach Floridsdorf für den Monat Dezember wurde von Seite der Finanzbehörde abermals beanstandet, da man etwas „Steuerbares“ vermutete. Diesmal kam aber statt der zwei Finanzbeamten, der Finanzkommissar selbst in die Fabrikkanzlei der Spinnfabrik, welcher den Adressaten aufsuchte, das Paket zu öffnen. Derselbe weigerte sich jedoch und verbat sich, künftighin ihn nicht mehr im Fabrikstotal mit Derartigem zu belästigen, da dieses Vorgehen einer Denunziation gleichkomme. Hierauf antwortete der Kommissar, daß er ihn ob dieser Neugier zur Verantwortung ziehen werde und entfernte sich.

Am 28. Oktober fand bei Maximilian Prag in Regelsdorf bei Leitomischl, Böhmen, Hausdurchsuchung statt. Gefährdet wurde nach verbotenen Schriften, besonders der Londoner „Freiheit“. Außer einigen Privatbriefen vom Genossen Franz Bier, während seines Aufenthaltes in Wien, wurde nichts „Gefährliches“ gefunden.

Samstag den 27. November fand bei Frau Josefine Palenik in Uhrzig bei Rojetein in Mähren eine dreistündige Hausdurchsuchung statt; es wurden zwei böhmische Bücher, die längst öffentlich verkauft werden, saßirt. Die Hausdurchsuchungskommission bestand aus zwei Schandarmen und dem Ortsvorsteher.

Am 28. November wurde eine strenge Hausdurchsuchung bei Franz Bakalik, Oekonom in Wachowa bei Hohenbach in Mähren vorgenommen, und zwar unter Beisein zweier Schandarmen und der Ortsassistenten; dieselbe blieb jedoch resultatlos. Gefährdet wurde nach Korrespondenzen, Schriften und Zeitungen sozialdemokratischer Tendenz, da die Adresse Bakalik's in dem Tagebuche des Ernst Syanek in Proßnitz vorgefunden wurde, als bei demselben Hausdurchsuchung stattfand.

Am 28. v. fand bei K. Druschke in Sternberg eine Hausdurchsuchung statt; es wurde jedoch nichts Strafbares vorgefunden. Einige Broschüren und Zeitungen, unter letzteren einige alte Nummern des „Sozialist“, „Volkstaat“ und „Vorwärts“, sowie ein Arbeiterkalender wurden mit Beschlag belegt. Nach besonderer Durchsuchung wurde Druschke bedroht, seine Wohnung ja nicht zu verlassen, widrigenfalls er verhaftet werde. Da er jedoch während sechstägiger mühevoller Arbeit nicht im Stande ist, alles für sich und seine Familie zum Leben Erforderliche zu schaffen, daher den Sonntag zu Hause nehmen muß, so wurde ihm erlaubt, seiner Beschäftigung nachzugehen. Von hier begaben sich die Schandarmen in die Wohnungen anderer Arbeiter und hielten nach Schriften sozialistischen Inhalts, besonders nach einer Broschüre: „Die 14 Nothhelfer“, Nachfrage, welche jedoch resultatlos blieb. Man fahndete angeblich nach Korrespondenzen und ganzen Koffern voll Schriften sozialistischen Inhalts. — Nun sind die sozialdemokratischen Ideen in Sternberg todt? — Charakteristisch bei der Sache waren besonders die Worte eines Schandarmen: „Die Arbeiter sollen sich lieber Brot statt Zeitungen kaufen.“

Das Schwurgericht zu Feldkirch, Vorarlberg, verurteilte am 14. Dezember die Genossen Josef und Albert Kaufmann aus Bludenz und Julius Schelling aus Himmelbach, Kärnten, wegen Vergehens der Aufreizung, begangen durch Verbreitung einer sozialistischen Flugchrift, zu zehn, acht und neun Wochen strengem Arrest.

In Preßburg erscheint am 1. Jänner unter der Redaktion des Genossen Karl Hankuschel ein neues Parteiorgan unter dem Titel „Der Zeitgeist“.

Brud a. d. W. (Fortsetzung.) Zweiter Redner ist Genosse Pauler aus Graz. Gleich bei Aufnahme seiner Rede bemerkt er, er besorge das Schicksal seines Vordredners von Seite der Regierungsverwaltung teilen zu müssen, wolle er die Sachlage, insbesondere die Steuerlasten und das stehende Heer gründlich beleuchten, daher wolle er sich auf das Allernotwendigste beschränken.

Sodann wendet sich der Redner zu den Handelskammern, welche durchwegs mit lauter echt Liberalen besetzt sind, denen unsere Forderungen in Bezug auf die Revision der Gewerbeordnung unterbreitet wurden und was geschah? Von allen diesen deutschliberalen Handelskammern, mit Ausnahme einer einzigen, wurden unsere Petitionen abgewiesen, ja noch mehr: als wir unsere Petition um allgemeines Wahlrecht an das Abgeordnetenhaus richteten, haben die liberalen Schmutzblätter in die Welt hinausposaunt, daß die ganze Arbeiterschaft des österreichischen Staates kaum 36.000 Köpfe zähle, welche die Annahme dieser Petition wünscht und schließlich was half uns unser ganzes Petitionieren und Resolutionieren in der Schulfrage und dem Gewerbegesetz? Die Resolution insbesondere in der Schulfrage wurde von Millionen Menschen anerkannt, die Verfassungstreuen haben sich nicht bewegen gefunden, die Resolution soweit zu unterstützen, daß nach einem solchen Lehrplan gelehrt wird, welcher dem Volke dient; sie haben Nichts dafür getan, daß den armen Eltern, welche durch ihre Armut unermöglicht sind, ihren Kindern die achtjährige Schulpflicht genessen zu lassen, aus den Staatskasseln geholfen werde; dies beweist zur Genüge die der Erledigung harrende neue Gewerbeordnung, welche zu der achtjährigen Schulpflicht einen vollständigen Kontrast bildet und für das arbeitende Volk unannehmbar ist. Wir ersehen aus dem Ganzen, daß wir nur zum Schachzug gegen die Liberalen benützt wurden; wir müssen uns von einer Partei abwenden, die uns nur für ihre Zwecke verwenden will, wir wollen unsere eigenen Prinzipien verfolgen, die Arbeiterpartei ist stark genug und ist sich bewußt, ihre gerechten Forderungen zu erkämpfen.

Nun ergreift auch ein Herr Jll, Redakteur des „Neubner Wochenblattes“ das Wort und spricht: Leider müßte er gestehen, daß sich jeder wissenschaftlich gebildete Mann mit traurigen Mienen von solcher Gesellschaft abwenden müßte, die eine ehrenhafte Partei in der Volksvertretung durch ihre Äußerungen verdächtigt und in den Rot zieht, eine Volksvertretung, welche gerade den Arbeitern alle freizeitlichen Institutionen, die sie zur Zeit besitzen, wie z. B. die Koalitionsfreiheit, Vereinsfreiheit, das Versammlungsrecht u. s. w. entwirft. Redner leugnet die Rechtmäßigkeit der Arbeiter, indem auch die Gehilfsvereine zu Gutachten über die Gewerbeordnung eingeladen waren. Redner erklärt, wenn die heutige Arbeiterversammlung die Resolution angenommen, hat sie damit den hoch über ihr stehenden Parteien den Krieg erklärt, der für sie von keinem guten Erfolge sein könne und mögen die Arbeiter noch so einen feinen Faden ziehen und die Köpfe noch so hoch emporheben, so werden sie durch das Gesetz und die Religion gedämpft werden, und wenn heute hier von dem deutschen Parteitag so verächtlich gesprochen wird, erinnert der Redner daran, von wo die erste Freiheit, das erste Wahlrecht und die Zulassung in die gesetzgebenden Körper für die Arbeiter gekommen sei und wo der erste Sozialismus aufzutreten durfte. Schon vor Jahren ist in Deutschland, sagt Redner, der Sozialismus in der Person und unter der Führung des edelgedenkten Ferdinand Lassalle aufgetreten, welcher aber auf anderen Wegen die Befreiung der Arbeit und den Fortschritt der Arbeiter suchte als die heutige Arbeiterpartei und schließlich sei hier auch gesagt worden, daß die Arbeiter und ihre gerechten Forderungen von der schmutzigen liberalen Presse durch Lügen besudelt werden; er (der Redner) anerkennt es wol, daß in der Presse sich manche Mängel finden lassen, jedoch sei untrüblich, daß die Arbeiter oder ihre Presse von den Deutschliberalen angegriffen werde, die Arbeiter sollen die Zeitungen beim hellen Lichte, nicht aber die Geme beim Mondlicht und die andere beim Sonnenlicht lesen, dann werden sie bergeifen, daß ihnen die deutschliberalen Zeitungen volkommener sind.

Kaller meldet sich zum Wort. Redner widerlegt alle Behauptungen des Vordredners. Die von dem Vortredner behaupteten Freiheiten, als: die Koalitionsfreiheit, die Arbeiterversammlungen u. s. w. wurden schon im Jahre 1868 gewährleistet, wol aber immerhin von den liberalen Regierungen gehemmt, weil eben diese Herren diese Freiheiten für ihre Zwecke in Anspruch zu nehmen dachten und so denkt auch noch die jetzige Verfassungskommission. Wir werden ja sehen, wie viele Punkte aus der gefassten Arbeiterresolution erledigt werden und was der Verfassungskommission dabei zu danken sein wird; bisher haben wir nur erlebt, daß uns diese, vom Vordredner gerühmte Partei nur da günstig ist, wo sie uns für ihre Zwecke verwenden kann. — Redner weist ferner noch auf die Auflösungen der Arbeitervereine, die Auflösungen und Verbote der Arbeiterversammlungen, auf die Einkerkelungen der Redner, welche ein freies Wort für die Volksrechte und Menschenwürde aussprechen und auf alle anderen Bedrückungen und Ausbeutungen des im Schweiß des Angehtes arbeitenden Volkes hin, demzufolge also können wir mit einer Partei, die für das Volk und zur Verbesserung dessen Lage nichts tut und daselbe einzig allein für sich in Anspruch nehmen will, nie und nimmer Hand in Hand gehen.

Als letzter Redner bei diesem Punkte sprach noch Genosse Gans aus Graz.

Über den zweiten Punkt sprachen die Genossen Pauler und Gans. Ihre Ausführungen wurden mit allgemeinem Beifalle aufgenommen.

Die in Wien und Graz angenommene Resolution wurde auch hier mit großer Begeisterung angenommen.

Kindberg. Sonntag den 5. Dezember um halb zwei Uhr nachmittags fand in W. Hübners Lokalitäten

eine vom ersten steiermärkischen Arbeiterbunde einberufene Volksversammlung mit folgender Tagesordnung statt: Die deutschliberalen Parteitage und die Forderungen des arbeitenden Volkes. — In das Präsidium wurden gewählt: Pauler aus Graz als Vorsitzender, F. Ritsche als dessen Stellvertreter, Th. Coschinnag aus Brud als Schriftführer; als Redner F. Waffinger, Schmüding und J. Haminger.

Als erster Redner fungierte Genosse Kaller-Deintöhl aus Graz. Er beleuchtete die Wirtschaft der liberalen Ministerien und kommt schließlich auf die Arbeiterrechte zu sprechen und sagte dabei u. A.: „Und was haben wir Arbeiter in Oesterreich für Rechte? Gar keine! Aber das Recht Steuern zu zahlen und wenn ein Krieg ausbricht, zu den Waffen zu greifen, dieses Recht haben wir noch! (Unterbrechung durch den Kommissar). — Als zweiter Redner trat Pauler auf und erörterte in sehr gediegener Weise die materiellen und wirtschaftlichen Forderungen des arbeitenden Volkes. — Beide Redner ernteten großen Beifall und auch die Versammlung nahm einen imponanten Verlauf, dieselbe war trotz des schlechten Wetters, im Verhältnis zu den Lokalitäten, so ziemlich gut besucht, selbst von Brud a. d. W. waren mehrere Genossen anwesend. Resolution wurde die nämliche angenommen, wie in Graz und Brud.

New York, 28. Nov. Werte Kräfte! Es wird an Euch die Aufforderung ergehen, daß Einer oder mehrere Pfeisenschneider nach Amerika zu dem Fabrikanten Kaldenberg kommen sollen. — Euch aber eine Aufklärung zu geben, warum er Leute haben will, ist der Zweck unseres Briefes.

Es bestehen hier in New York nur 4 Fabriken und wir sind 9 Pfeisenschneider und eine Unmasse Drechsler nebst Jungen; in jeder Fabrik sind zwei Pfeisenschneider, mehr können nicht beschäftigt werden, sollte einer durch Umstände gezwungen sein, die Arbeit stehen zu lassen, so kann er nicht rechnen, gleich wo anders Arbeit zu finden, ohne den andern zwei Schaden im Preise zuzufügen, er müßte billiger arbeiten und könnte doch nicht immer beschäftigt werden. Es ist jetzt hier ein solcher Fall; einer von uns mit Namen Schwach ist von Kaldenberg fortgegangen, weil er nicht den Preis erhielt, den hier Pfeisenschneider gewöhnlich bekommen.

Bestagter Fabrikant will aber jetzt von Wien Leute kommen lassen, um uns noch mehr in Schach halten zu können als bevor. Wir sind hier so eingezwängt in unsere Verhältnisse, daß wir unbedingt dort bleiben müssen und arbeiten wo wir sind, denn es sind viel mehr Leute hier als wirklich notwendig; wir glauben nicht, daß sich Einer von Euch hergeben wird, um das allgemeine Interesse des Arbeiters zu schädigen.

Sollte es einer aber doch tun, so wollen wir ihm mit Verhaltensmaßregeln an die Hand gehen.

Er muß ein guter Arbeiter sein und darf durchaus nicht den Preis, für den er arbeitet, will, festsetzen, bevor er hier ist; wir glauben, es weiß Keiner von Euch, in welche Verhältnisse er hineinkommt.

Wird ein Schriftstück oder Kontrakt abgefaßt, so muß ganz klar und deutlich darin stehen, daß ihm nichts von dem vorgestreckten Heisegeld unter einem Jahr abgezogen wird und der Fabrikant sich verpflichtet, im Falle es ihm (dem Arbeiter) hier nicht gefällt oder der Fabrikant kann ihn nicht das ganze Jahr hindurch beschäftigen, er ihn wieder unentgeltlich nach Hause schicken muß. Das Schriftstück muß vom amerikanischen Konsul unterzeichnet sein und der Arbeiter muß es dann selbst in Händen haben. Auf mehr braucht sich Niemand einzulassen, weil es hier keinen andern Wert hat. Ihr werdet Euch selbst überzeugen können, was für einen Erfolg es haben wird, wenn Ihr das von dem Agenten des Herrn Kaldenberg fordert.

Um Euch eine Aufklärung zu geben, wollen wir berichten, wie es in dieser Fabrik zugeht.

Als Muster für ein Buchstaben sieht in erster Linie die Fabrik des Herrn Kaldenberg da. Ist das Heisegeld abgezahlt, so tut er auch noch er will, man muß sich in allen möglichen Umständen, der in dieser Fabrik vorherrscht, fügen, oder man muß gehen; von einem Kontrakt oder Wirthhalten ist keine Rede mehr. Aber auf keinem Fall kann man nach Zahlung der Schuld auf den sichern Weg rechnen, es folgen gewöhnlich Abzüge oder Ausgehungen. In jeder hier bestehenden Fabrik wird der Arbeiter besser und freier behandelt als in der erwähnten.

Die Hausordnung bei Kaldenberg ist folgende: Morgens muß man Punkt 1/8 Uhr dort sein oder es wird die Tür geschlossen und erst um 10 Uhr aufgemacht, da verliert man einen Werktag; Mittag um 1/2 Uhr wird geöffnet und bleibt offen bis um 1 Uhr (eine halbe Stunde ist Mittagzeit), wer um diese Zeit nicht da ist, kann nicht mehr hinein; um 6 Uhr wird aufgehört zu arbeiten. — Hauptregeln sind: Es darf während der Arbeitszeit kein Bier getrunken, nicht geraucht, nicht gegessen, nicht geplauscht, nicht gezwungen werden, es darf keiner seinen Platz verlassen, wenn nicht notwendig, es darf überhaupt gar nichts Anderes gemacht als gearbeitet werden; es ist sogar schon vorgekommen, daß einige Stunden für Schwärzen abgezogen wurden.

Wenn Euch vollauf vorgeschwindelt wird, daß diese Fabrik die größte in New York ist, dann braucht Ihr es nicht zu glauben — es ist weiter nichts als ein großes Detailgeschäft; es hat jetzt bloß dort 2 Pfeisenschneider, 3 Drechsler für Messerhaum, 2 für Bernstein, 2 Jungen und 1 Reparaturmann, das sind all' die

Leute, die dort sind, und jetzt könnt Ihr Euch einen Begriff machen von der Fabrik des Herrn Kaldenberg. Um Euch von der Wichtigkeit zu überzeugen, von Allen, was hier in diesem Brief steht, wollen wir uns Alle, die das Verhältnis dieses Geschäftshauses genau kennen, eigenhändig unterzeichnen. Wir schließen unser Schreiben, in der Hoffnung, daß Ihr diesen Brief überall bekannt machen werdet.

Wir verbleiben Eure Freunde und Kollegen auch über den Ocean.

(Folgen die Unterschriften.)

NB. Alle Arbeiterblätter werden ersucht, gefälligst hiervon Notiz zu nehmen.

### An die Parteigenossen!

Da durch die in letzter Zeit erfolgten Verhaftungen mehrere Familien ihren Ernährer verloren haben, so erachten wir es als unsere Pflicht, die Genossen aufzufordern, nach Möglichkeit die Not dieser Familien lindern zu helfen.

Alle Briefe und Gelder zu diesem Zwecke, ersuchen wir an Josef Hübner, Rudolfsheim, Neugasse 15, zu senden.

Wien, im Oktober 1880.

Mehrere Parteigenossen.

### Ausweise.

Nr. 85.

Für die Familien unserer verurteilten Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

St. 10, N. N. 6, Chinger 10, Bärnd 10, N. 14, die Lustigen für die Betrübten 1.61, Drechsler Wiens 1.70, die Roten am Neubau 4.65, Unbekannt 4, Braun 30, Waldberr 30, N. N. 20, Genossen bei den „drei Hufeisen“ 3.24, Ruba 14, Altmann 20, Altmann 10, N. 2, in Eisen 25, die roten Mäule 41, Genossen Schwedats 2, Polka wiaradna, Werhalsow 2.20, Johann Henrich 50, Klavierfabrik Schmidmeier 1.10, Bernhard Ludwig, Möbelfabrik 7.80, N. S. 10, durch das Fachblatt der Schneider 4.25, Seiler 15, Lazarowits 20, Hermet 10, Fischer 10, Hausner 10, Sabitot 10, J. B. 10, Sonty 10, Deiter 10, Wesseli 10, Koch 10, Kropfweiser 10, Slang 10, Weber 10, Blachy 10, Sterzer 10, Paperte 20, E. Glaser 10, Gesellschaftsbuchdruckerei 1.25, eine Spende d. N. 15, Korinet 1.40, Matal 1, N. N. 25, die roten Zwillinge 50, eine Gesellschaft für Menschenrechte 1.50, Unbekannt 20, Billardfabrik Seifert 3.40, Schmal 25, Rodemann 20, Futtkit 15, Genossen bei Pollat 2.10, Katochlawel 30, Genossen bei Rüd 1.20, Genossen bei Müller, Einsteiberggasse 4, Hanschl 40, Baiteril 10, Drechsler Wiens 3, Genossen bei Kraft 1.20, Genossen bei Dübels 3.80, die Roten am Neubau 4.83, die Roten vom Neubau in Rudolfsheim 1, die Lustigen für die Betrübten 1.68, Weiß 1.53, Burian 40, Lefea 20, Hirnsal 10, Steinbrecher 40, Hintreiter 20, Bruner 20, Sablich 10, Weber 10, Samobil 20, Rehal 25, Schent 30, Franz 20, Kogler 10, Pechant 30, Almalie 10, Haller 35, Baviat 20, Wopisich 10, S. Müller 25, S. Müller 10, Stich 10, N. N. 50, N. N. 50, das Rot am Marmorisch 8.60, Zuteilung, Simmering 1.70, die Roten in Mariabühl 2.35, Tischgesellschaft Floridsdorf 80, M-n, Bdrf. 40. Summe 102 fl. 88 kr.

## Ankündigungen.

Sonntag den 26. d., 1 Uhr nachmittags, in Zobel's Saalkalitäten in Fünshaus,

### Volkssammlung.

Tagesordnung: Das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht und die Presse.



Im Verlage von Andreas Groffe, Wien, 5. Bez., Hundstürmerstraße 89, ist die zweite Ausgabe des

österreichischen

## Arbeiter-Kalenders

für das Jahr 1881

soeben erschienen.

Preis per Exemplar 25 kr.

Bei einzeln bestellten Exemplaren ist außer dem obigen Preise noch 5 kr. für Postporto einzufenden.

Inhalt: Kalendarium. — Zübetragungen. — Ein Kapitel von der Sonne. — Zur Geschichte des Pauperismus in Schottland. — Aus den Briefen eines preußischen Rekruten an einen Freund. — Vereinsverzeichnis.



Gewerkschaft der Sattler, Wiener und Taschner Wiens. Freitag den 31. Dezember findet in Brownal's Saal Lokalitäten, Mariabühl, Mollardgasse 3 eine

### Sylvester-Feier

statt. — Eintritt 15 kr. Anfang 7 Uhr. Karten sind zu haben in der Zentrale und im Leszimmer.

### Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Freitag den 31. d. M. findet in den Saalkalitäten „zur schönen Schäserin“, 4. Bezirk, Gumpendorferstraße, eine

### Sylvester-Feier,

verbunden mit Gesang, Deklamation, Jag-Bazar und Tanzkänzchen, statt. — Frühergekauft Karten 20, mit Einladung 25, an der Kasse 30 kr.

Uebersicht und Tätigkeit des Vereines:

Sonntag. In der Zentrale, Buchhaltung nachmittags. Montag. Tanzunterricht von 1/2 8—1/2 10 Uhr abends. Bibliothek von 8—9 Uhr, in der Zentrale.

Dienstag. In der Zentrale, Elementarunterricht für Vorgesessene von 1/2 8—1/2 10 abends, Gesangsübung in Huber's Gasthaus, 6. Mollardgasse 9.

Mittwoch. In der Zentrale, Tanzunterricht von 1/2 8 bis 1/2 10 Uhr abends. Elementarunterricht für Anfänger, 6. Bez., Kaserngasse 11. Ausschussführung von 8 Uhr an. Gesangsunterricht in Huber's Gasthaus, Mollardgasse.

Donnerstag. In der Zentrale, Unterricht für Völker- und Länderkunde von 1/2 8—1/2 10, Bibliothek von 8 bis 9 Uhr abends.

Freitag. In der Zentrale, Elementarunterricht für Vorgesessene von 1/2 8—1/2 10 Uhr abends.

Samstag. Französischer Unterricht von 1/2 8—1/2 9 Uhr, Stilistik von 1/2 9—1/2 10, Bibliothek von 8—9 Uhr.

Anfangs Jänner beginnt ein neuer französischer Sprachunterricht für Anfänger. Einschreibungen finden täglich in der Zentrale, 7. Bez., Beglergasse 25, statt.

### Gewerkschaftsverein der Stularbeiter und Arbeiterinnen.

Die Ausschussführungen finden jeden Dienstag, um 8 Uhr abends, in der Zentrale in Bod's Gasthaus statt. — Einschreibungen finden jeden Samstag statt: In der Zentrale: Neufinshaus, Michaelergasse 9, in Bod's Gasthaus, im Leszimmer: Sechshaus, Stiebergasse 7, in Klepp's Gasthaus „zur weißen Taube“ und in Doubal's Gasthaus, Sechshaus, Wehrergasse, in Meidling, Wisbaggasse, in Schönerer's Gasthaus.

Ferner gibt der Ausschuss den Mitgliedern bekannt, daß Sonntag den 12. September ein Zeichenunterricht begann und jeden Sonntag von 2—4 Uhr nachmittags im Genossenschaftslokal der Weber, Neubau, Neubaugasse 7, stattfindet, geleitet von Herrn Jakob Schreut.

Ferner begann Sonntag den 10. Oktober d. J. ein zweiklassiger Elementarunterricht in Leszimmer Sechshaus, Stiebergasse 7, in Klepp's Gasthaus „zur weißen Taube“, derselbe findet jeden Sonntag von 2—4 Uhr nachmittags (erste Klasse) und von 1/2 5—1/2 7 Uhr abends (zweite Klasse), geleitet von den Herren Kogner und Dvorazek, statt.

Die Mitglieder werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich an diesen Unterrichten zahlreich zu beteiligen.

### Schuhmacher-Gewerkschaft in Wien.

Unterricht in den Elementarfächern ist jeden Dienstag von 8—1/2 10 Uhr abends; in der Buchhaltung jeden Sonntag von 2—3 Uhr und jeden Donnerstag von 8—1/2 10 Uhr abends und von Ende Oktober ab, jeden Freitag im Buchschneiden von 1/2 8 bis 1/2 10 Uhr abends; sämtlich in der Zentrale, 7. Bezirk, Kaiserstraße 96.

Die französischen Sprachkurse sind jeden Dienstag von 1/2 8 bis 1/2 10 Uhr abends im Leszimmer Kaiserstraße 84 und der Tanzunterricht vom 24. Oktober ab jeden Sonntag von 3—5 Uhr nachmittags im Leszimmer Neufinshaus, Felsbergstraße 10 (Hotel Juch). — In diesen genannten Unterrichten, mit Ausnahme des Buchhaltungskurses, werden von der Unterrichtskommission noch fortwährend Teilnehmer aufgenommen.

### Union der Wiener Metallarbeiter.

Die Arbeitsvermittlung befindet sich 4. Bezirk, Favoritenstraße 4, Gasthaus „zum wilden Mann“. Die Vermittlung findet, statt: Montag und Samstag von 8 bis 9 Uhr abends und Sonntag von 9 bis 10 Uhr vormittags. Leszimmer: 3. Bez., Ungargasse 27, Gasthaus zur „heiligen Dreifaltigkeit“. 2. Bez., gr. Bäcker, Gailh. „A. schwarzen Elefanten“. 10. Bez., Dandurgasse, Gasthaus „zur Zentralkaserne“, Fünshaus, Fischeggasse 26, Wöhler's Gasthaus „zum Vösch den Durs“, Sernald, Karlsplatz 2, Naderer's Gasthaus, neu eröffnet. Vereinsabend jeden Samstag von 8—1/2 9 Uhr.

### Unterstützungs- und Fortbildungsverein der Drechsler in Wien.

Die Arbeitsvermittlung findet im Vereinslokale, 6. Bezirk, Aegidigasse 19, jeden Montag, Dienstag, Mittwoch und Samstag von 1/2 8—9 Uhr abends statt. — Einschreibungen an genannten Tagen.

### Gewerkschaftsverein der Kürschner in Wien.

Sonntag den 26. Dez. in Marchtreiter's Gasthaus, Monatsversammlung. — Tagesordnung: 1. Berichte. 2. Wahl eines Wahlkomitees zur Generalversammlung. 3. Anträge. 4. Vortrag von Herrn Lehrer Schlegler über „Ehe und Liebe“.

Die Arbeitsvermittlung findet im Vereinslokale, 7. Bezirk, Neubaugasse 55, täglich statt.

**Localveränderung.** Das Vereinslokale des Gewerkschaftsvereines der Maurer und Steinmetze Wiens befindet sich gegenwärtig in L. op. Benninger's Gasthaus, 1. Bez., Bellariastraße 4.

Sonntag den 26. Dezember findet zu Gunsten der „Schneider-Fachzeitung“ in Blott's Saalkalitäten ein **gemütlicher Abend** statt. — Eintritt 20, an der Kasse 25 kr.

Abgersdorf. Sonntag den 16. Jänner im Saale des Gemeindegasthauses

### großes Arbeiterfest,

wozu alle Genossen hiezu eingeladen werden. — Freiwillige Gaben für den Jag-Bazar werden dankend entgegengenommen.

### Arbeiter-Bildungsverein in Floridsdorf.

Samstag den 1. Jänner 1881, im Vereinslokale, Hölzer's Gasthof „zum Spitz“, Donauebenstrasse 11.

### Dankagung.

Hiermit sagen wir allen Freunden und Bekannten, welche Sonntag den 12. Dezember an dem Leichenbegängnisse unseres unvergesslichen Sohnes, resp. Bruders, **Joseph Prujic**, teilgenommen haben, unseren herzlichsten Dank.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

**Kindberg.** Allen Genossen und Vereinen meinen brüderlichen und tiefgefühltesten Dank für die auf meiner Reise zu Teil gewordene Unterstützung. Einen besonderen Dank schulde ich dem allgemeinen Arbeiter-Gewerksverein in Hainfeld.

Mein sozialem Gruß und Handshake

Peter Hofer.

Allen Freunden und Genossen, welche mich anlässlich meiner Wählerregelung unterstützen, spreche ich hiermit meinen wärmsten Dank aus. Ferner allen Freunden und Genossen, von welchen ich mich vor meiner Abreise von Kluffig nicht persönlich verabschieden konnte, ein herzlichstes Liebeswort. Ich verspreche auch, fernerhin im Interesse der Partei tätig zu sein. **Eduard Keller.**

Im Verlage von **Karl Hanslitjsek**, Pressburg, Hochstraße, ist soeben erschienen

### Die Reise in den Mond,

zweiter Teil, zwei Bogen stark. — Preis per Stück 12 kr. — Bei Abnahme von 10 Stück werden die Postspesen vergütet.

### Arbeiter-Bildungsverein in Coblenz.

Die Reisenunterstützung von 30 kr. für durchreisende Genossen, welche einem Vereine gleichr Tendenz seit mindestens 3 Monaten angehört haben und mit nicht mehr als 3 Monatsbeiträgen im Rückstande sind, wird verabfolgt: Coblenz, Dominikanergasse 114, Partiere. [35]

### Zur Beachtung.

Der Fortbildungs- und Unterstützungsverein in Althausdorf gibt bekannt, daß an durchreisende Vereinsmitglieder, welche einem ähnlichen Verein mindestens seit drei Monaten angehört und mit ihren Beiträgen nicht länger als seit drei Monaten im Rückstande sind, 30 kr. Reisenunterstützung verabfolgt werden. — Die Reisenunterstützung wird bei **Josef Hubner** in Althausdorf verabfolgt. **Der Ausschuss.**

### Arbeitervereins-Kravattenabzeichen,

wie selbe von den Wiener Genossen getragen werden (rotes Umlaufwappen mit dem Embleme der verbrüdernden Arbeit) per Dtz. 1 fl., mit Bekanntheitswappen 1 fl. 50 kr. Zu beziehen durch **Moriz Pich**, 5. Bez., Neubaugasse 5, Wien, bei Herrn **Kowal**.

Bereits erschienen im Verlage von **Josef Gans**, Weingasse 18 in Graz:

### Die Reden der Abgeordneten Ritter v. Schönerer und Dr. Kronawetter

in der Budgetdebatte des österreichischen Abgeordnetenhauses am 6. und 15. April 1880 nach französischen Aufzeichnungen. — Preis 10 kr.

Wir empfehlen allen Arbeitern und Freunden derselben nachstehende in Osterreich erscheinende unabhängige und mit das Interesse der arbeitenden Klassen vertretende Zeitungen:

„Sozialpolitische Rundschau“, Monatschrift der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, erscheint monatlich einmal in Weichenberg. — Vierteljährig 15 kr.

„Arbeiterfreund“, Sozialpolitische Zeitschrift für das arbeitende Volk, erscheint monatlich zweimal in Weichenberg. — Vierteljährig 40 kr.

„Budoouostoff“, erscheint monatlich zweimal in slavischer Sprache in Prag. — Vierteljährig 42 kr.

„Pietische List“, erscheint monatlich zweimal in slavischer Sprache in Prag. — Vierteljährig 42 kr.

„Formverit“, Zeitschrift für Buchdrucker und verwandte Interessen, erscheint wöchentlich einmal in Wien. Administration: Neubau, Beglergasse 25. — Vierteljährig 1 fl. 15 kr.

„Sozialpolitische Fachzeitung der Metallarbeiter Osterreichs“, erscheint monatlich zweimal in Wien. Administration: Favoriten, Grichgasse 27. — Vierteljährig 36 kr.

„Schuhmacher-Fachblatt“, Organ der Schuhmacher Osterreich-Ungarns, erscheint monatlich zweimal in Wien. Administration: Neubau, Keutlinggasse 70. — Vierteljährig 30 kr.

„Osterreichisch-ungarisches Schuhmacher-Fachblatt“, erscheint monatlich zweimal in Wien. Administration: Neubau, Krollgasse 16. — Vierteljährig 35 kr.

„Schneider-Fachblatt“, Organ der Schneider Osterreich-Ungarns, erscheint monatlich zweimal in Wien. Administration: Landstraße, Hauptstraße 31, „am Lichtenhof“. — Vierteljährig 40 kr.

„Zeitschrift für Plastik“, erscheint monatlich einmal in Wien. Administration: Wieden, Landrechtgasse 26. — Vierteljährig 50 Kreuzer.

(Die in Klammern befindlichen Ziffern bedeuten den Preis der Annoncen.)

Adresse der Herausgeber der „Zukunft“:

**Andreas Groffe**, IV., Hauptstraße 23, 1. Stock.

Jeden Dienstag: Herausgeber-Sitzung.

Herausgeber und Verleger: **Andreas Groffe**, **Josef Hübner**, **Franz Hübner**.

Verantwortlicher Redakteur: **Josef Hübner**.

Drud von **W. Jacobi**, Wien, Stadt, Schottenring 8.